



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Schule und Berufsbildung

Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter an Schulen in freier Trägerschaft

vom 04.09.2024

1 Förderziele, Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Zuwendungszweck

Die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten, die Teilhabe von Kindern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben sind wichtige gesellschaftspolitische Ziele.

Die ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter wurden und werden in allen Ländern ausgebaut. Dennoch ist das Angebot noch nicht flächendeckend bedarfsgerecht ausgebaut. Das hat zur Folge, dass Teilhabechancen für Kinder im Grundschulalter zum Teil ungenutzt bleiben. Außerdem stellt dies berufstätige, arbeitssuchende oder sich in der Ausbildung befindliche Erziehungsberechtigte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor große Herausforderungen. Ferner wird Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen die Fachkräftegewinnung und -sicherung erschwert. Daher wird über eine Änderung des § 24 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ab 2026 stufenweise ein Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt.

Um die Länder und Kommunen bei der Gewährleistung dieses Anspruchs zu unterstützen, hat der Bund Investitionsmittel zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung gestellt und dazu Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern der Bundesrepublik Deutschland geschlossen.

Die genehmigten Ersatzschulen in freier Trägerschaft leisten einen wichtigen Beitrag zu einem vielfältigen schulischen Angebot in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Investitionsmittel zur Weiterentwicklung der Ganztagsangebote werden vom Bund trägerneutral gewährt und sollen auch den Kindern im Grundschulalter an Schulen in freier Trägerschaft zugutekommen.

1.2 Rechtsgrundlage

Der Bund gewährt den Ländern für Investitionen in den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter Finanzhilfen nach Artikel 104c des Grundgesetzes aus dem Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“.

Die Ausgestaltung der Inanspruchnahme dieser Finanzhilfen wird durch das Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Ganztagsfinanzhilfegesetz – GaFinHG) vom 2. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4602, 4603), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5248) geändert worden ist, und die darauf basierende Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung

des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) vom 17. Mai 2023 geregelt.

Die Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt als Zuwendung im Sinne des § 46 der Landeshaushaltsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg (LHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (einschließlich der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie der Fachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau)).

Ein Anspruch der oder des Antragstellenden auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht; vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1.3 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden unter den Voraussetzungen des § 1 Absatz 3 und 4 der Verwaltungsvereinbarung „Investitionsprogramm Ganztagsausbau“ vom 17. Mai 2023 Investitionen in den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter. Der Umfang der zu erreichenden Ganztagsbetreuung ist in § 13 Hamburger Schulgesetz (HmbSG vom 16. April 1997, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. März 2024, HmbGVBl S. 77) definiert. Abweichend von § 13 Absatz 1 Satz 1 HmbSG bezieht sich der Fördergegenstand dieser Richtlinie ausschließlich auf die Betreuung von Kindern im Grundschulalter der Klassenstufen 1 bis 4.

Die Schulentwicklungsplanung entwickelt die Ausbauplanung ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter im Benehmen mit der Jugendhilfeplanung und unter Berücksichtigung der Regelungen zur Zusammenarbeit und Abstimmung, insbesondere dem „Landesrahmenvertrag für die Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen in Kooperation mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe“ in der jeweils gültigen Fassung. Die materiellen Einigungen in diesem Landesrahmenvertrag gelten auch für die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen in freier Trägerschaft.

Förderfähig sind Investitionen für den Neubau, den Umbau, die Erweiterung – einschließlich des Erwerbs von Gebäuden und Grundstücken – die (energetische) Sanierung sowie die Ausstattung ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote unter den Voraussetzungen des § 3 Satz 1 bis 4 GaFinHG einschließlich der damit zusammenhängenden investiven Begleit- und Folgemaßnahmen, soweit diese in einem unmittelbaren und notwendigen Zusammenhang mit den Investitionsmaßnahmen stehen.

Nicht förderfähig sind Investitionsmaßnahmen, die ausschließlich dem Zwecke des Schulunterrichts dienen.

2 Zuwendungsempfängende

Schulträger, die in Hamburg als genehmigte Ersatzschulen gemäß § 6 Hamburgisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft (HmbSfTG vom 21.09.2024, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. März 2024, HmbGVBl S. 77) Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter vorhalten, können nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuschüsse beantragen.

3 Zuwendungsvoraussetzungen

3.1 Investitionsmaßnahmen

Eine Zuwendung kann gewährt werden, wenn anhand von Konzepten oder anderer geeigneter Unterlagen nachgewiesen wird, dass die beantragten Investitionsmittel für den quantitativen und qualitativen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter eingesetzt werden.

3.2 Förderzeitraum

Der Förderzeitraum beginnt mit Inkrafttreten dieser Richtlinie und endet am 30. September 2027.

Investitionsvorhaben können auch gefördert werden, wenn sie nach Inkrafttreten des GaFinHG am 12. Oktober 2021 begonnen wurden (vorzeitiger Maßnahmenbeginn), noch nicht durch Abnahme aller Leistungen abgeschlossen wurden und im Antrag erklärt wird, dass es sich um selbstständige noch nicht begonnene Abschnitte einer Investitionsmaßnahme handelt und die Förderung sich auf diese noch nicht begonnen Abschnitte einer Gesamtmaßnahme bezieht.

Investitionsvorhaben müssen bis zum 31. Dezember 2026 begonnen sowie die dafür aufzuwendenden Mittel bis zum 30. Juni 2027 abgerufen worden sein. Ein Investitionsvorhaben beginnt mit dem Abschluss eines der Umsetzung dienenden rechtsverbindlichen Leistungs- und Lieferungsvertrages.

4 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

4.1 Zuwendungsart, Finanzierungsart, Form der Zuwendung, Bemessungsgrundlage

Zur Projektförderung wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss zu den Investitionskosten als Anteilsfinanzierung gewährt. Für die Anteilsfinanzierung hat der oder die Zuwendungsempfangende glaubhaft zu machen, dass die Finanzierung der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben zuverlässig kalkuliert ist.

4.2 Höhe der Zuwendung

Der Höchstzuschuss je Schulträger errechnet sich aus der Anzahl der Grundschülerinnen und Grundschüler zum Stand der Schuljahreserhebung 2023 multipliziert mit einem Festbetrag von 990 Euro. Die Mindestsumme der Zuwendung pro Antrag beträgt 5.000 Euro. Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben pro Maßnahme; es müssen mindestens 30 Prozent durch Eigenmittel finanziert werden.

5 Erfolgskontrolle

Zur Erfolgskontrolle sind die beantragten Maßnahmen mit den zu erreichenden Zuständen zu beschreiben und der Eintritt der angestrebten Verbesserung zu dokumentieren. Der Vergleich kann durch Vorher-Nachher-Fotos, Pressestimmen, eigene Aufzeichnungen oder Bewertungen anderer Schulen erbracht werden. Unterlagen zur Erfolgskontrolle sollen möglichst mit der Mittelanforderung, spätestens mit dem Verwendungsnachweis eingereicht werden.

Die Vorgaben aus den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie der Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau) bleiben hiervon unberührt.

6 Verfahren

6.1 Antrag

Die Schulträger gemäß Nummer 2 können Zuwendungen nach dieser Richtlinie schriftlich bei der Behörde für Schule und Berufsbildung – V 38-6 - Sachgebiet Zuwendungen – bis zum 30. September 2026 beantragen.

Baumaßnahmen sind nur unter der Voraussetzung zuwendungsfähig, dass eine ausführliche Beschreibung der vorgesehenen baulichen Maßnahmen vorgelegt wird und deren Notwendigkeit begründet ist. Bei Baumaßnahmen mit Gesamtkosten über 250.000 Euro ist die Durchführung einer baufachlichen Prüfung unter Einbezug einer dritten und unabhängigen Stelle erforderlich.

Eine Kostenberechnung nach DIN 276 ist mit dem Antrag vorzulegen.

Der Antrag muss außerdem folgende Unterlagen enthalten:

- Beschreibung der Maßnahme einschließlich Finanzierungsplan,
- Darlegung der messbaren Ziele der Maßnahme.
Hierbei muss differenziert werden zwischen der Anzahl von Plätzen ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote nach § 1 Absatz 1 der Verwaltungsvereinbarung „Investitionsprogramm Ganztagsausbau“ vom 17. Mai 2023, die
 - a) geschaffen werden,
 - b) von der Schaffung räumlicher Kapazitäten profitieren,
 - c) erhalten werden oder vom Erhalt räumlicher Kapazitäten profitieren,
- Investitionsplanung (Kosten- und Zeitplanung, Beginn der Investitionsmaßnahme),
- Darlegung, dass für die Maßnahme die Voraussetzungen des § 7 GaFinHG vorliegen und keine Doppelförderung beantragt wird,
- eine Erklärung darüber, dass die Mittel aus diesem Investitionsprogramm zusätzlich eingesetzt und bereits gewährte Mittel des Landes nicht durch Mittel aus diesem Investitionsprogramm ersetzt werden,
- bei einer vorangegangenen Förderung einer Maßnahme nach § 2 Absatz 3 Nummer 1 der „Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder“, die Versicherung und Darstellung des Zusammenhangs zu dieser Maßnahme,
- bei Sanierungsaufwendungen die Versicherung, dass diese nicht ausschließlich der Instandhaltung und dem Werterhalt der Bausubstanz dienen,
- im Fall von § 2 Satz 2 GaFinHG eine Erklärung, dass es sich um einen selbstständigen Abschnitt einer Investitionsmaßnahme handelt.

6.2 Bewilligung

Die Zuwendung wird jeweils für eine Maßnahme gewährt. Die Bewilligung erfolgt ausschließlich durch einen schriftlichen Zuwendungsbescheid.

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) werden zum Bestandteil des Zuwendungsbescheides gemacht. Der Zuwendungsbescheid kann weitere Bedingungen oder Auflagen enthalten.

Bei Zuwendungen für Baumaßnahmen werden auch die Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau) zum Bestandteil des Zuwendungsbescheides erklärt. Ist der Schulträger nicht Eigentümer des Gebäudes oder des zu beschaffenden Inventars, erfolgt die Sicherung des Zuwendungszwecks entsprechend den Allgemeinen Nebenbestimmungen für die Projektförderung.

6.3 Auszahlung

Zuschüsse werden nach Bestandskraft des Bescheides ggf. in Teilbeträgen auf Anforderung gezahlt.

Mit jeder Mittelanforderung sind Angaben über den Verlauf der investiven Maßnahme zu machen, aus denen hervorgeht, wofür Ausgaben bereits angefallen sind, welche in den nächsten zwei Monaten mit hinreichender Gewissheit anfallen werden und zu welchem Zeitpunkt mit dem Abschluss der Maßnahme (ggf. Erreichen festgelegter Bauabschnitte) gerechnet werden kann. Hierfür wird mit dem Bescheid ein gesonderter Vordruck zur Verfügung gestellt.

6.4 Nachweis der Verwendung

6.4.1 Abschließender Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis und dem Sachbericht. Im zahlenmäßigen Nachweis sind die Gesamtausgaben den ausgezahlten Zuschüssen gegenüberzustellen und unter Vorlage von Belegen zu dokumentieren. Im Sachbericht ist darzulegen, ob die Zuwendung zweckentsprechend verwendet und die Ziele erreicht wurden.

Hierbei ist insbesondere Bezug auf die Ausführungen zu 3.1 zu nehmen. Die für die Erfolgskontrolle vorgegebene Dokumentation ist beizufügen. Das Solldatum für die Vorlage des Verwendungsnachweises und ggf. für einen gesonderten Bericht wird im Zuwendungsbescheid festgelegt.

Bei Baumaßnahmen ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, spätestens vier Monate nach Abschluss des Vorhabens den Schlussbericht zusammen mit der Kostenfeststellung nach DIN 276 an die Bewilligungsbehörde zu übersenden.

6.4.2 Prüfung des zahlenmäßigen Nachweises

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist berechtigt, vor Ort die Bücher und Unterlagen des Trägers, soweit diese das geförderte Projekt betreffen, einzusehen. Die Einnahmen und Ausgaben pro Zuwendung sind auf gesonderten Kostenstellen zu buchen.

6.4.3 Nicht verbrauchte Zuschüsse

Mit der Anteilsfinanzierung wird ein festgelegter prozentualer Anteil an den als zuwendungsfähig anerkannten Gesamtkosten übernommen. Die Zuwendung ist auf den Höchstzuschuss nach Nummer 4.2 begrenzt. Gelingt es der oder dem Zuwendungsempfangenden, im Zuge der Durchführung einer Maßnahme zusätzliche Drittmittel (ausgenommen Bundes- und EU-Mittel entsprechend dem Doppelförderungsverbot gem. § 7 GaFinHG) einzuwerben oder reduzieren sich die Gesamtausgaben des Vorhabens, wirkt sich dies anteilig mindernd sowohl auf den Umfang der einzusetzenden Eigenmittel als auch auf die Höhe der Zuwendung aus.

6.5 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung und die Berufsbildlichen Nebenbestimmungen, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind. Die Regelungen des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes bzw. des Sozialgesetzbuches – Zehntes Buch – bleiben unberührt.

Auf die geltenden Vergabevorschriften nach Maßgabe der VV zu § 46 LHO (insbesondere Anlage 2 - ANBest-P Nr. 3 - sowie Anlage 3 - NBest-Bau Nr. 1 als auch die Ziffern 5 und 6 des Bauhandbuches (VV-Bau) wird hingewiesen, diese sind vom Zuwendungsempfänger verpflichtend einzuhalten. Eine Nichtbeachtung dieser Vorschriften führt i.d.R. zur nicht Anerkennung von Ausgaben im Rahmen des Zuwendungsverfahrens.

Der oder die Zuwendungsempfangende ist verpflichtet, auf die Förderung im Rahmen der Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zur Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter in geeigneter Form öffentlich hinzuweisen.

7 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft und gilt bis zum 30. Juni 2028.

Hamburg, den 17. September 2024

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

Amtl.Anz. S. 1607

Hinweise zum Antragsverfahren

gemäß der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter an Schulen in freier Trägerschaft

- Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn ist in der Richtlinie grundsätzlich zugelassen, muss jedoch jeweils im Einzelfall beantragt werden. Maßnahmen, die vor Einreichung eines Antrages begonnen worden sind, sind in der Regel nicht mehr förderfähig (Ausnahmen sind in der Richtlinie dargestellt). Der Beginn einer Maßnahme entsteht durch den Abschluss eines rechtsverbindlichen Vertrags. Die Einholung von Angeboten ist explizit noch nicht als Maßnahmebeginn zu betrachten.
- Über den Zuwendungsbescheid und die dazugehörigen Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) werden Sie bei der Vergabe von Aufträgen zur Einhaltung des hamburgischen Vergaberechts verpflichtet.

Die Vergabevorschriften sind für alle Aufträge im Rahmen der Zuwendungsmaßnahme verbindlich einzuhalten. Verstöße gegen Vergabevorschriften können zum Widerruf sowie der vollständigen Rückforderung der Zuwendung führen.

Die ANBest-P wurden zum 16. Juli 2024 angepasst und gelten für alle neu zu bewilligenden Maßnahmen. In Rahmen dieser Anpassung wurden die Wertgrenzen für die anzuwendenden Vergabearten erhöht, sodass hier Erleichterungen entstehen (siehe Nr. 3 der ANBest-P).

- Aus der Gewährung einer Zuwendung erwächst eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung, die im Zuwendungsbescheid festgehalten wird. Die Gegenleistungsverpflichtung ist verbunden mit einem Rückerstattungsanspruch im Falle der Nichterfüllung. Sollte also während der Bindungsdauer keine ganztägige Betreuung von Kindern im Grundschulalter an Ihrer Schule angeboten werden können, kann es zu einer Teilrückforderung der Zuwendung kommen.
- Sollten Sie erwägen, die Förderung einer Baumaßnahme zu beantragen, beachten Sie bitte folgende Hinweise:
 - Die Behörde ist verpflichtet, Zuwendungsbauten begleitend inhaltlich zu prüfen. Um dies sicherstellen zu können, ist es zwingend erforderlich, dass Sie frühzeitig auf uns zukommen, um das Vorgehen mit uns abzusprechen. Der Zuwendungsbescheid kann regelhaft erst nach der Leistungsphase 4 erteilt werden, nachdem der aktuelle Planungsstand baufachlich geprüft wurde.
 - Für Zuwendungsbauten sind die Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau), das [Bauhandbuch der Stadt Hamburg \(VV-Bau\)](#) sowie die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) einzuhalten.
 - Bei der Vergabe der Planungsleistung kann es bereits bei anrechenbaren Kosten von 1 Mio. EUR dazu kommen, dass der Schwellenwert für eine EU Vergabe erreicht wird. Hierbei ist es nicht von Relevanz, wie hoch die Förderung am Ende ausfällt.
 - Im Einzelfall unterstützen wie Sie im Rahmen unserer Möglichkeiten gern. Sollten Sie keine Erfahrung im Umgang mit den Vorgaben der VV-Bau, der HOAI oder Vergabeverfahren haben, empfehlen wir Ihnen dringend, eine Verfahrensbegleitung zu beauftragen.

Checkliste für den Zuwendungsantrag

gemäß der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter an Schulen in freier Trägerschaft

- ☐ vollständig ausgefüllte Vordrucke der Behörde
- ☐ Übersicht der Vertretungsberechtigungen
- ☐ Beschreibung der Maßnahme einschließlich Finanzierungsplan
- ☐ bei Zuwendungsbauten eine ausführliche Beschreibung der vorgesehenen baulichen Maßnahmen sowie bei Hochbaumaßnahmen eine Kostenberechnung nach DIN 276
- ☐ Darlegung der messbaren Ziele der Maßnahme.
Hierbei muss differenziert werden zwischen der Anzahl von Plätzen ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote nach § 1 Absatz 1 der Verwaltungsvereinbarung „Investitionsprogramm Ganztagsausbau“ vom 17. Mai 2023, die
 - a) geschaffen werden,
 - b) von der Schaffung räumlicher Kapazitäten profitieren,
 - c) erhalten werden oder vom Erhalt räumlicher Kapazitäten profitieren
- ☐ Investitionsplanung (Kosten- und Zeitplanung, Beginn der Investitionsmaßnahme, voraussichtliche Nutzungsdauer der Investition)
- ☐ Darlegung, dass für die Maßnahme die Voraussetzungen des § 7 GaFinHG vorliegen und keine Doppelförderung beantragt wird
- ☐ Erklärung, dass die Mittel aus diesem Investitionsprogramm zusätzlich eingesetzt und bereits gewährte Mittel des Landes nicht durch Mittel aus diesem Investitionsprogramm ersetzt werden
- ☐ bei einer vorangegangenen Förderung einer Maßnahme nach § 2 Absatz 3 Nummer 1 der „Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder“ die Versicherung und Darstellung des Zusammenhangs zu dieser Maßnahme
- ☐ bei Sanierungsaufwendungen die Versicherung, dass diese nicht ausschließlich der Instandhaltung und dem Werterhalt der Bausubstanz dienen
- ☐ im Fall von § 2 Satz 2 GaFinHG eine Erklärung, dass es sich um einen selbstständigen Abschnitt einer Investitionsmaßnahme handelt